Aufbruch 21

Eine Alternative für das Leben: Für Klimaschutz und Demokratie, Ökologie und Gerechtigkeit

Im „Superwahljahr" 2021 geht es diesmal um weit mehr als um die übliche Rochade des politischen Personals. Zielrichtung und Spielregeln in unserem „Monopoly" von Wachstum und Kapitalakkumulation stehen grundsätzlich zur Disposition, denn 2021 ist wahrscheinlich die letzte Gelegenheit, um die drohende Klimakatastrophe noch zu verhindern. Wir entscheiden in diesem Jahr über die nähere und fernere Zukunft – wir entscheiden, ob es ein „Weiter so" in Richtung Klimakatastrophe oder einen grundlegenden Kurswechsel zur Sicherung der Lebensgrundlagen gibt. Bisher allerdings steht dem nekrophilen Weiter-so-Programm nicht einmal eine wirkliche Alternative für das Leben entgegen.



Es ist höchste Zeit für eine breite demokratische Bewegung, um noch eine politische und ökologische Wende auf den Weg zu bringen und die Lebensgrundlagen für das 21. Jahrhundert und die Zukunft zu sichern.

Es braucht eine Alternative für das Leben, einen „Aufbruch 21", es braucht eine reale Wahlalternative für eine breite Koalition der Vernunft!

Können wir die Klimakatastrophe noch verhindern?

Wir halten derzeit Kurs auf das schlimmste Szenario – eine Klimakatastrophe, die den Fortbestand des Lebens und der Menschheit auf der Erde bedroht – und haben dabei den „Point of no Return" möglicherweise schon überschritten *(Rabe Ralf Oktober 2020, S. 23)*.

Der Meteorologe und Wettermoderator Sven Plöger mahnt: „Wir versuchen uns vor der fünf Meter hohen Welle der Coronakrise in Sicherheit zu bringen, doch dürfen wir dabei nicht den 500 Meter hohen Tsunami des Klimawandels übersehen, der sich bereits am Horizont auftürmt."

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung hat berechnet, dass Deutschland 2020 nur noch ein Restbudget von 6,6 Milliarden Tonnen CO_2 zur Verfügung stand, um die Erderwärmung noch auf 1,75 Grad zu begrenzen. Bei gleichbleibend hohen Emissionen wäre dieses Budget 2028 aufgebraucht. Deutschland müsse daher früher als bisher geplant Klimaneutralität erreichen. Die Klimapolitik der Bundesregierung beruhe nicht auf wissenschaftlichen Grundlagen und gefährde unsere Zukunft. Klimaschutz müsse jetzt oberste Priorität bekommen.

Grünes Wachstum reicht nicht aus

Es geht also längst nicht mehr um null Emissionen 2050, sondern um null Emissionen spätestens 2035, wie die Klimabewegung und Wissenschaftler fordern, etwa in der „1,5-Grad-Studie" des Wuppertal-Instituts.

Eine eher symbolische Klimapolitik und zusätzliches grünes Wachstum werden aber nicht ausreichen, um die drohende Klimakatastrophe noch zu stoppen oder auch nur zu begrenzen *(Rabe Ralf Dezember 2019, S. 27)*. Die weitere Digitalisierung, die Elektrifizierung des motorisierten Individualverkehrs und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sind Irrwege, für die wir keine Zeit mehr haben und bei denen es ja auch nicht wirklich um die Lösung der Klimakrise, sondern um Auswege aus der Wachstumskrise geht.

Es kann nicht um die „Begrünung der Megamaschine" gehen, sondern nur um ihre schnellstmögliche Verschrottung. Lasst uns aus der Titanic Rettungsboote bauen, forderte der Sozialökologe Rudolf Bahro schon vor vielen Jahren.

Erforderlich ist ein grundlegender struktureller Um- und Rückbau der Wirtschaft von enormen Ausmaßen, der nunmehr in allerkürzester Zeit realisiert werden muss. Dazu braucht es eine weit über technische Neuerungen hinausgehende, wahrhaft revolutionäre sozialökologische Wende und ein entschlossenes Handeln gegen bisherige Wachstumsinteressen – womit sich unabweisbar die Systemfrage stellt.

Es geht letztlich um den Aufbau einer Gesellschaft, deren zentrales Paradigma nicht Wachstum um jeden Preis, sondern der Fortbestand des Lebens und der Menschheit ist.

Lebensdienliche Ökonomie

Die Abschaffung des Kapitalismus kann angesichts des drohenden Erdsystem- und Klimakollaps nicht länger ein Tabu sein *(Rabe Ralf August 2020, S. 22)*. An die Stelle des kapitalistischen Prinzips der Kapitalakkumulation mit seinem immanenten Wachstumszwang muss das Leitprinzip einer lebensdienlichen Ökonomie treten, die ihre Folgen nicht mehr auf die Länder des Südens und auf die Zukunft abwälzt.

Die notwendige schnelle Reduzierung der Treibhausgasemissionen erfordert den Übergang von der derzeitigen fossil-expansiven, globalisierungsorientierten Wirtschaftsweise zu einer solar-regionalen, stationären Wirtschaftsweise. Es reicht nicht, nur die energetische Basis der Wirtschaft zu verändern, und selbst eine Energieverbrauchssenkung um 50 Prozent dürfte nicht genügen, um eine klimaneutrale Wirtschaft und null Emissionen schnell genug zu erreichen. Dazu sind ein grundlegender Um- und Rückbau der gesamten Struktur und eine absolute Verringerung des Energie- und Stoffdurchsatzes der Wirtschaft auf etwa ein Zehntel notwendig.

Keine der etablierten Parteien hat einen Plan, der ausreichen würde, um wenigstens die völlig ungenügenden Selbstverpflichtungen des Pariser Klimavertrages zu erfüllen, kritisiert Fridays for Future zu Recht.

Eine politische Alternative für das Leben

Es braucht dabei einen breiten gesellschaftlichen Aufbruch, der dem verantwortungslosen „Weiter so" der „Groko", aber auch einem schwarz-grünen Etikettenschwindel eine Absage erteilt. Es gilt, die Grünen in die Pflicht zu nehmen und klarzumachen, dass wirklicher Klimaschutz mit der Lobby-Partei des fossil-mobilen Machtkomplexes, der CDU, nicht möglich ist und damit nur eine Entschärfung der systemsprengenden Dimension einer wirklichen sozialökologischen Wende angestrebt werden würde.

Es braucht ein möglichst breites Bündnis aus Klima- und Umweltbewegung, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und Verbänden – eine politische Alternative für das Leben –, die das verbindende Überlebensinteresse in den Vordergrund stellt und sich mit lauter Stimme Gehör verschafft und die Öffentlichkeit mobilisiert.

Dieser „Aufbruch 21" strebt eine geistige und politische Hegemonie zur Gewinnung neuer Mehrheiten und eine wirkliche sozialökologische Transformation der Gesellschaft an. Ein Zukunftskongress der Zivilgesellschaft könnte hier Weichen stellen, auch für eine Wahlalternative jenseits parteipolitischer Zwänge.

Veränderung beginnt immer mit dem Mut von Einzelnen, der genauso ansteckend sein kann wie ein Virus. Eine andere Welt, Veränderung ist immer dann möglich, wenn viele ihre Angst überwinden und mutig das Notwendige tun. Dafür gibt es genügend historische Beispiele.

Es ist höchste Zeit, wieder Geschichte zu schreiben, sonst könnte das vermeintliche „Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama) letztlich das Ende der Menschheit bedeuten.

Jürgen Tallig

Der Autor war 1989 Mitbegründer des Neuen Forums in Leipzig. Kontakt und weitere Informationen: earthattack-talligsklimablog.jimdofree.com